Thurgauer Akzente

Aktuelles der Evangelischen Volkspartei **Nr. 10 / September 2017**

Inhalt

Die Tätigkeit im Grossen Rat
Im Editorial auf S. 2 und im Bericht auf S. 6 geben unsere Kantonsräte Einblick in ihre Arbeit.

Einladungen und Preisverlosung
Zu fünf verschiedenartigen Anlässen sind Sie herzlich eingeladen, siehe S. 3 und 5.
Preisverlosung auf S. 5 lohnt sich.

Reformationsjahr 2017
Der Leitartikel auf S. 2 folgt den politischen Spuren von Calvin.

Eidg. Abstimmung vom 24.9.17
Besonders am Herzen liegt uns die Altersvorsorge 2020. Die Reform ist dringend, jede Verzögerung schadet. Unsere Argumente finden Sie auf S. 3.
Ernährungssicherheit auf S. 4.

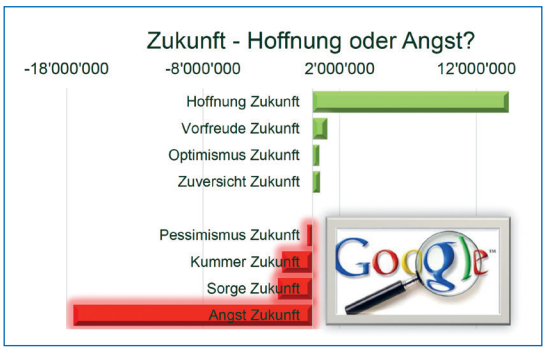
AZB
9320 Arbon

Post CH AG

Perspektiven statt Angst

Der Kadertag der EVP Schweiz widmete sich dem Thema «Hoffnung und Perspektiven in der Politik». In Referaten und Workshops suchten wir Wege, um in der Politik zu Hoffnungsträgern zu werden – ganz konkret.

«Die deutsche Krankheit – German Angst» – so lautet ein Buchtitel von Sabine Bode und so lautet auch das Ergebnis einer Studie von Dr. Andreas Walker. Er untersuchte 30 000 Google-Einträge zum Wort «Zukunft». Im deutschsprachigen Raum wurde Zukunft deutlich häufiger mit Angst verbunden als mit Hoffnung. Die beiden

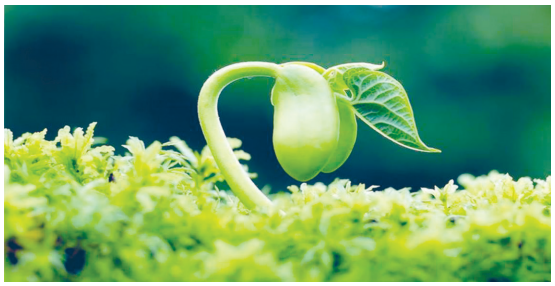


Grafiken zeigen, dass die Menschen im englischsprachigen Raum genau umgekehrt denken und fühlen. Unser Alltag bestätigt die «deutsche Krankheit». In der Schweiz gibt es seit vielen Jahren ein Sorgen- und ein Angstbarometer. Die Angstmacherei feiert bemerkenswerte politische Erfolge. Hintergrund dürfte unser Wohlstand sein, den wir festhalten wollen. Sicherheit ist uns wichtiger als Hoffnung. Das erschwert uns den Umgang mit Veränderungen. Um dieser deutschen Krankheit entgegen zu wirken, hat Walker 2009 das Hoffnungsbarometer installiert (www.swissfuture.ch).

Hoffnungsträger in der Gerichtspraxis

Drei unserer Laienrichter geben einen kurzen Einblick in ihre Hoffnungserlebnisse.

Martin Aebersold (Bezirksgericht Frauenfeld): Grundsätzlich soll eine Straftat einer gerechten Strafe zugeführt werden. Aber was ist gerecht? Das Strafrecht bietet einen erheblichen Spielraum für das Gericht, was ich als richtig empfinde. Ich pflege mir durch das Aktenstudium ein genaues Bild der angeschuldigten Person und ihrer Glaubwürdigkeit zu machen. Ist diese Person jung und hat noch das ganze Leben vor sich, ist von einer unbedingten Gefängnisstrafe möglichst abzusehen. So bleibt sie im Alltagsleben integriert. Eine angeordnete Begleitung kann viel zum guten Gelingen ohne Rückfall beitragen.



Christina Fäsi (Bezirksgericht Kreuzlingen): Bei Straftätern, welchen eine gute Prognose gestellt wird und welche die geforderten Voraussetzungen erfüllen, ist es mein Anliegen, das Strafmass so festzusetzen, dass ein offener Strafvollzug möglich ist. Dies ist oft bei jungen Straftätern der Fall. Dadurch können sie weiterhin einer geregelten Arbeit nachgehen, und es gibt Hoffnung für die Zukunft.

Verena Läuchli (Bezirksgericht Arbon): Mein damaliger Wahlslogan «Geltendes Recht anwenden, Chancen ermöglichen» steht für mich besonders für zwei grössere Gerichtsverhandlungen mit Jugendlichen, bei denen ich im Einsatz war. Bei den Urteilen wurden sowohl die Gerechtigkeit für die Vergehen als auch die Chancen für die Zukunft der Jugendlichen berücksichtigt. Eine Garantie für das Gelingen der jungen Leben gibt es nicht. Eine faire Chance haben sie aber erhalten.

Auch in Parlamenten, Gemeinde- und Schulbehörden sind Hoffnungsträger gefragt. Gerne unterstütze ich Sie auf Ihrem Weg zum Hoffnungsträger/in in der Politik. Ein Anruf (siehe Impressum) oder E-Mail genügt.

regula.streckeisen@evp-thurgau.ch, Kantonalpräsidentin

Editorial

Haben Kleine auch Chancen?

Liebe Leserin, lieber Leser
Als ich im November 2014 in den Grossen Rat kam, fragte ich mich: Kannst du in diesem grossen Gremium etwas bewirken? Was kannst du bewirken?

Nach bald drei Jahren sage ich aus Überzeugung: Ich (wir) von einer kleinen Partei können etwas bewegen! Zwei Beispiele:

Die wesentliche Arbeit geschieht in den Fraktionen und Kommissionen. Bereits in vier Kommissionen konnte und kann ich mitarbeiten. So trug ich dazu bei, dass es ab Sommer 2018 im Thurgau eine Attestlehre gibt für arbeitswillige, schwächer begabte Schulabgänger, die eine EBA Ausbildung (Eidg. Berufsattest) nicht schaffen. Rund 30 Jugendliche werden davon profitieren. Getreu unserem Motto, sich für Schwache und Benachteiligte einzusetzen, ist hier gelungen!

Seit gut einem Jahr bin ich auch in der Justizkommission. Die Hauptarbeit ist die Beurteilung der jährlich ungefähr 320 Einbürgerungsgesuche. Ich staune jeweils über das breite Spektrum. Die einen sprechen fliessend Deutsch, andere kaum. Dies wird sich ab nächstem Jahr ändern. Das eidgenössische Einbürgerungsgesetz verlangt neu klare Sprach- und Integrationsvorgaben. Ich begrüsse das. Künftig wird es nicht mehr möglich sein, eine Familie einzubürgern, in der eine Person kaum Deutsch spricht. In einem solchen Fall fehlt der Integrationswille der ganzen Familie. Bestrebungen, Deutsch auf Sekundarniveau zu verlangen, lehne ich aber vehement ab.

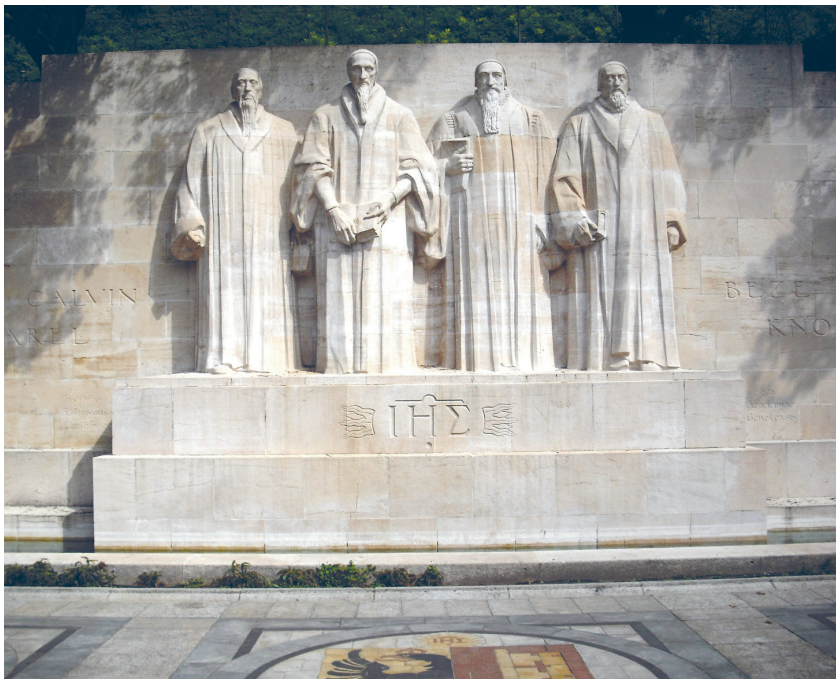
Ich mache Ihnen Mut, sich politisch einzubringen, in der Gemeinde, der Schule etc., es lohnt sich!

Hansjörg Haller, Kantonsrat, Hauptwil

Leitartikel

Calvin (1509 – 1564) – Leben in einem Gottesstaat

Da steht man nun inmitten von Genf vor diesem riesigen Denkmal – 100 m lang und im Zentrum die fünf Meter hohen Figuren von Farel, Calvin, Beza und Knox. Das Christogramm «IHΣ» (Jesus Christus Retter) ist im Sockel eingraviert und entlang der Mauer das Losungswort der Reformation: «Post Tenebras Lux»: Nach der Dunkelheit Licht. Alle vier Reformatoren strahlen Strenge und Ernsthaftigkeit aus und blicken nicht gerade freundlich.



Genf – Calvinstadt – was wäre, wenn Genf nicht nur Wirkungs- und Sterbeort von Calvin wäre, sondern sich die Vorstellungen von Calvin bis heute durchgesetzt hätten? Wäre Genf dann, wie es der Theologe Gerd Lüdemann 2009 im 500. Geburtsjahr von Calvin provozierend andeutete, eine Talibanstadt mit allpräsenten Sittenwächtern, die rigoros ihre Moralvorstellungen durchsetzten? Käme es in Genf immer wieder zu Verurteilungen von Menschen, die sich aus biblischer Sicht unmoralisch verhielten und deshalb in Anlehnung an alttestamentliche Vorschriften den Tod durch den Scheiterhaufen erleiden müssten?

Calvin – es fällt einem leicht, viel Negatives über ihn zu schreiben. Es ist anspruchsvoller zu entdecken, wo Calvin tatsächlich das Licht des Evangeliums wieder zum Leuchten brachte.

Das gottgefällige Leben – Calvins zentrales Anliegen
Ursprünglich Jurist deutete Calvin das Alte Testament nicht nur als grossen Hinweis auf das Kommen von Christus, sondern nahm es als Leitfaden für ein gottgefälliges Leben ernst. Persönlich lebte er es so glaubwürdig, dass seine Gegner ihn nicht zu diffamieren vermochten. Calvin lebte, was er predigte, schrieb. Und seine strenge Theologie, sogar die von der doppelten Prädestination (der Mensch, von Gott zum Heil oder zur Verdammnis bestimmt) ermutigte die Leute seiner Zeit, sich mit ganzer Kraft für ein erfolgreiches Leben (moralisch, sozial, wirtschaftlich) einzusetzen.

Davon allerdings eine Grundlage des Kapitalismus abzuleiten, gelang zwar dem Soziologen Max Weber vor gut hundert Jahren, wird aber heute zu Recht bestritten. Calvin ging es darum, dass alle Lebensbereiche vom christlichen Geist geleitet werden. Das moralische Leben eines Einzelnen zeugte von der Ernsthaftigkeit seines Glaubens. Diese Ernsthaftigkeit verlangte Calvin nicht nur von den einfachen MitbürgerInnen, sondern in noch höherem Masse von den Verantwortlichen in Kirchenleitung und Politik. Der Reformator scheute sich nicht, angesehene führende Stadtgenfer zu kritisieren und für moralische Vergehen vor Gericht zu bringen.

Calvins politische Spuren
Dem Reformator war es wichtig, Staat und Kirche strikt zu trennen, wobei die Ältesten der Gemeinde auch die Mitglieder der Stadtregierung bildeten und von daher eine christliche Haltung garantierten. Sie wurden von den Laien gewählt, was als Entstehung der heutigen Demokratie, lange vor der französischen Revolution, verstanden werden kann.

Calvin ging es nicht um Macht, sondern darum, dass Gott geehrt und die einzelnen Menschen, vor allem auch am Rande der Gesellschaft, unterstützt wurden. Seine Lehre führte dazu, dass die Menschen mit Elan und Freude versuchten, aus ihrem Leben und dem Leben der Mitmenschen das Beste zu machen. Die hohe gegenseitige Verlässlichkeit war einer der Gründe für die wirtschaftliche Blüte in calvinistisch geprägten Gebieten.

In Reiseführern wird der Besuch des Riesendenkmals empfohlen – der Ort in Genf gilt sogar als Kraftort. Die Auseinandersetzung mit Calvin kann tatsächlich dazu führen, dass man die Energie für ein positives christliches Leben bekommt – ein EVP Ausflug nach Genf könnte über das Touristische hinaus sehr wohl Wirkung zeigen.

juerg.schorro@evp-thurgau.ch

Eidgenössische Abstimmung vom 24. September 2017

Weichen stellen, bevor es zum Crash kommt

Unter dem Titel «Altersvorsorge 2020» stimmen wir am 24. September über zwei Vorlagen ab, welche die Altersrenten sichern sollen. Gegner wie Befürworter sind sich einig: Es besteht dringender Reformbedarf.

Steigende Lebenserwartung und gleichzeitiger Rückgang der Geburtenrate sind massgebliche Faktoren, warum die Renten aus AHV und Pensionskassen (PK) in Zukunft nicht garantiert sind. Grundsätzlich können drei Hebel bewegt werden: Beiträge der Berufstätigen bzw. Mehrwertsteuer anheben, Rentenalter erhöhen und Renten senken.

Grundsätzlich kein linkes Anliegen

Nun geht es in den beiden Abstimmungsvorlagen vor allem um Zahlen. Man könnte daher denken, dass es sich um eine trockene Sachvorlage handelt; bei Weitem gefehlt. Die Vorlage ist komplex und behandelt ein Thema, welches politisch vorbelastet ist. Entsprechend führte das Parlament die Behandlung emotional, ja erbittert, entlang der klassischen Trennlinie zwischen rechts und mitte-links.

Man kann Bundesrat Alain Berset aber nicht vorwerfen, dass er mit der Reform ein rein linkes Anliegen durchbringen möchte. Ein genauer Blick auf die Website bürgerlicher Parteien zeigt, dass diese wenig Grund haben, gegen die Vorlage zu sein. So nimmt die Rentenreform die wesentlichen Anliegen der FDP-Strategie zur Sozialpolitik auf:

- Angleichung des Rentenalters zwischen den Geschlechtern
- Kompensationsmassnahmen zum Erhalt des Rentenniveaus
- Einführung flexibles Rentenalter
- Erhöhung der MwSt um 0,6%
- Senkung des Mindestumwandlungssatzes auf 6%

(Quelle: offizielle Website der fdp Schweiz)

Die Streitpunkte

Dass auf der rechtsbürgerlichen Seite trotzdem eine ablehnende Haltung bezüglich der Reform vorherrscht, hat drei Gründe, die hier relativiert werden sollen:

Gegner kritisieren **erstens**, dass AHV-Bezüger neu 70 Franken pro Monat mehr erhalten, was das Sozialwerk für die Zukunft zusätzlich belastet und als Ausbau gewertet wird. Jedoch: Für viele Rentner wird dieser Mehrbetrag nur gerade Kompensation sein für höhere Beiträge, die sie im Rahmen der Reform sonstwo zahlen müssen. Ausserdem werden die Kosten hierfür durch höhere Lohneinzahlungen gedeckt. Jetzige Rentner, deren PK-Zahlungen noch garantiert sind, erhalten diesen Zuschlag richtigerweise nicht. Dass die Kompensation bei der AHV erfolgt ist sinnvoll, weil dann auch diejenigen profitieren, welche keine PK haben, meist Frauen, aber auch selbstständig Erwerbende.

Zweitens wird bemängelt, dass die Vorlage als Gesamtpaket daherkommt. Namentlich die FDP hätte es lieber gesehen, wenn die Reformen zur AHV und den Pensionskassen getrennt und die verschiedenen Massnahmen in Einzelpaketen zur Abstimmung gelangt wären. Aber genau das ist eine Leistung der jetzigen Vorlage, dass sie die Massnahmen aufeinander abgestimmt hat und auf Wechselwirkungen Rücksicht nimmt.

Mit einem **dritten** Kritikpunkt bemühen die Gegner der Vorlage die klassischen Klischees über die Linken. Deren idealistisches Anliegen sei es, durch die Annahme der Vorlage schliesslich die Pensionskassen abzuschaffen. Nicht einmal die offizielle Website der FDP scheut sich, die Vorlage mit Ausdrücken wie «Sabotage» oder «Verrat» in Zusammenhang zu bringen.

Eine ausgewogene Lösung

Die jetzige Vorlage ist ein austarierter Kompromiss. Das wird durch die Tatsache illustriert, dass Personen aus dem ganz linken Spektrum zusammen mit SVP und FDP gegen die Reform sind. Dass sämtliche Sozialpartner finanziell und politisch Federn lassen müssen, darf kein Grund sein, die Reform bachab zu schicken, im Gegenteil: Vielmehr spricht dies für die Ausgewogenheit der Altersvorsorge 2020. Die Delegierten der EVP CH stimmten klar Ja (82:3).

michael.zingg@evp-thurgau.ch

Drei Einladungen

Wir freuen uns, Sie einzuladen

Musikalisches Diner im Schloss Hagenwil (bei Amriswil)
Freitag 22. Sept. ab 18:30 Uhr
Motto: «Sich selbst und der EVP etwas Gutes tun»
Sponsorenanlass im schönen Schlosssaal, mit feinem Essen und Musikeinlagen von Schubert und Dvorak, gespielt von Daniel Engeli (Klavier) u. Rolf Streckeisen (Violine).
Gönnen Sie sich ein paar besondere Stunden. Sie sind herzlich willkommen, ebenso weitere Gäste.
Kosten: Fr. 140.- pro Person, Fr. 250.- pro Paar.

www.evp-thurgau.ch/aktuell/termine
Anmeldung bis spätestens 6. Sept. an pascal.haller@evp-thurgau.ch oder an Tel. 052 520 76 00.

Erweiterungsbau Pädagogische Hochschule Thurgau (PHTG)
Dienstag 3. Okt. 19.40 Uhr in der PHTG, Kreuzlingen
Informationsanlass in der PHTG mit Besichtigung der Pläne zum Erweiterungsbau, über den am 26.11.17 abgestimmt wird. Anmeldung nicht nötig.

Informationsanlass mit Workshops
Dienstag 14. Nov. 19.15 Uhr im BBZ Weinfelden, beim Bahnhof
Nach den Kurzreferaten zum Thema folgen die beiden Workshops.
1. Thema: «Die Tätigkeit der KESB», mit **Barbara Merz,** Präsidentin der KESB Frauenfeld.
2. Thema: «Wie weiter mit der EU? Braucht die Schweiz ein institutionelles Rahmenabkommen?» mit **Prof. Dr. Christa Tobler,** ordentliche Professorin am Europa-Institut der Uni Basel und der Uni Leiden (NL).

Bitte reservieren Sie sich bereits jetzt den Termin. Weitere Infos ab Mitte September auf www.evp-thurgau.ch

Eidgenössische Abstimmung vom 24. September 2017

Für Ernährungssicherheit

Wir stimmen ab über den Gegenvorschlag zur Volksinitiative des Bauernverbandes mit dem Namen «Für Ernährungssicherheit». Neu würden demzufolge 5 Punkte in die Verfassung geschrieben:
- **die Sicherung des Kulturlandes**
- **eine standortangepasste und ressourceneffiziente Lebensmittelproduktion**
- **eine auf den Markt ausgerichtete Land-und Ernährungswirtschaft**
- **Handelsbeziehungen, die zur nachhaltigen Entwicklung beitragen**
- **einen ressourcenschonenden Umgang mit Lebensmitteln**

Grosse Zustimmung

Fast alle Parteien stimmen diesem Verfassungsartikel zu. Auch die EVP Schweiz beschloss mit grossem Mehr die Ja-Parole. Daher könnte man den Abstimmungskampf mit geringem Aufwand führen. Die Bauern nutzen ihn aber als Image-Kampagne für die Schweizer Landwirtschaft und haben viele Aktionen geplant.

Die Initiative

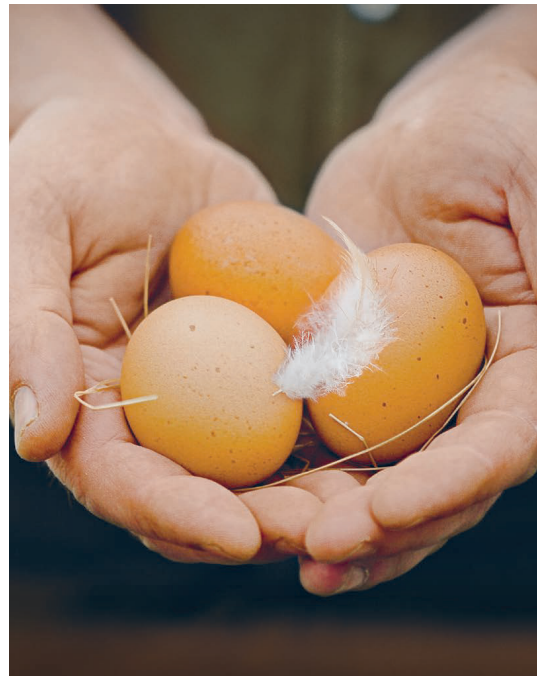
Die Initiative des Bauernverbandes sah einen weiteren Artikel vor: «die Förderung und Priorisierung der inländischen Produktion.» Viele Bauern haben Angst, den Grenzschutz vor billigen Importen zu verlieren. Sie möchten mehr Nahrungsmittel produzieren und haben deshalb die Initiative unterschrieben. Denn die Schweizer Landwirtschaft deckt den Nahrungsmittelbedarf nur zu 60%. Sie gehört aber zu den produktivsten weltweit, was die Erträge pro Ackerfläche betrifft. Eine weitere Steigerung wäre nur auf Kosten der Umwelt möglich. Bezüglich Grösse und Qualität der Naturschutzflächen ist die Schweiz europaweit zum Schlusslicht geworden. Es braucht deshalb mehr Naturschutz und keine intensivere Nahrungsmittelproduktion.

Der Gegenvorschlag

Neu wurde die Formulierung aufgenommen: «grenzüberschreitende Handelsbeziehungen, die zur nachhaltigen Entwicklung der Land- und Ernährungswirtschaft beitragen.» Damit wird der Bund verpflichtet, bei zukünftigen Handelsabkommen nachhaltige Entwicklungsziele zu formulieren. Zum Beispiel könnten Bio- und Fairtradeprodukte bald bevorzugt gehandelt werden.

Hintergrund

Seit viele Schweizer während des ersten Weltkrieges hungerten, bestimmt die Ernährungssicherheit die Schweizer Landwirtschaftspolitik. Heute produzieren wir in der Schweiz nahezu genügend Brotgetreide, Kartoffeln, Äpfel, Rind- und Schweinefleisch. Bei Milchprodukten gibt es Überschüsse, die wir als Hartkäse exportieren. Bei den anderen Lebensmitteln importieren wir grosse Teile, zum Beispiel 80% der pflanzlichen Fette und Öle. Auch viel Futtergetreide für Schweine und Hühner kommt aus dem Ausland. Wenn man mehr Schweizer Freilandeier kauft, freut das zwar die Hühner, erhöht aber den Selbstversorgungsgrad nicht, da alles zusätzliche Futter importiert wird.



Kulturlandschutz

Der Schweiz fehlt es an Ackerland, um Futtergetreide für diese Tiere zu produzieren. In den letzten Jahrzehnten wurde sehr viel bestes Land überbaut. Die Kantone dürfen nur noch Bauland einzonen, wenn sie danach noch genügend gutes Ackerland, genannt «Fruchtfolgefläche» haben. Da die Bevölkerung gewachsen ist, sind in Zukunft auch Aus- und Umzonungen zur Sicherung des Kulturlandes denkbar.

Was heisst standortangepasst?

Weite Teile der Schweiz sind nur als Wiesen und Weiden nutzbar. Standortangepasst ist hier eine Milchproduktion mit genügsamen Kühen, die Gras, Gras-Silage oder Heu fressen. Die Tierbestände sind in Teilen des Thurgaus höher, als der Boden an Futter hergibt. Schweinemast im Graswirtschaftsgebiet mit importiertem Futter führt zu überdüngten Böden und ist nicht standortangepasst. Poulet- und Schweinemast sollten in Zukunft in Ackerbaugebieten gefördert werden, wo ihr Futter wächst und der zusätzliche Hofdünger erwünscht ist.

joerg.altorfer@evp-thurgau.ch

Kolumne

Aus der Bibel für die Politik

Liebe Leserin, lieber Leser
«Ihr sollt wissen: Ein jeder Mensch sei schnell zum Hören, langsam zum Reden, langsam zum Zorn.» (Jakobus 1,19)
Unsere Schweiz lebt davon, dass wir die Herausforderungen jeder Zeit miteinander bewältigen. Um dieses Miteinander muss jede Generation neu ringen – gerade in der Politik. Mehrheitsentscheide können dazu helfen, aber sie reichen nicht, um das Miteinander herzustellen. Ein echtes Miteinander setzt ein gewisses Verständnis für die voraus, die anderer Meinung sind. Verständnis jedoch kann nur entstehen, wo man aufeinander hört. Wir brauchen Politiker, die nicht nur gut reden, sondern auch gut hören. Menschen, die nicht polarisieren, sondern Verständnis schaffen.

David Lerch, Pfarrer, Eschlikon

Feedback

Die EVP interessiert mich

☐ Senden Sie mir Unterlagen.
☐ Nehmen Sie mit mir Kontakt auf.

Folgende Person interessiert sich für das EVP-Info

☐ Senden Sie das EVP-Info an:
Name _____
Vorname _____
Adresse _____
PLZ Ort _____
Tel. _____
Mail _____

Das EVP-Info interessiert mich nicht

☐ Streichen Sie meine Adresse:
Name _____
Vorname _____
Adresse _____
PLZ Ort _____

Bitte kreuzen Sie Ihren Wunsch an und schicken Sie den Talon an die Redaktionsadresse im Impressum.

Information

Nur gewinnen

Mit dieser Zeitschrift halten Sie das Informationsblatt der EVP Thurgau in Ihren Händen. Es ist unser Ziel, Sie aus dem Blickwinkel einer Wertepolitik über Abstimmungen zu informieren und Ihnen in Grundsatzartikeln unsere christliche Sicht auf aktuelle Themen aufzuzeigen. Dabei möchten wir hoffnungsvolle Ansätze in Problembereichen beleuchten.
Diese Anstrengungen belasten unsere Parteikasse und wir versuchen, unsere Leser zum Bezahlen der **Abonnementskosten von Fr. 15.- pro Jahr** zu motivieren.
Neu kommen die Namen der Zahler und Zahlerinnen in eine Verlosung. Dabei können Sie attraktive Preise gewinnen, angeboten von der EVP Parteileitung Thurgau. Die Verlosung findet am 24.10.2017 statt!
Der 1. Preis ist eine Bootsfahrt mit einem feinen Nachtessen.
Zur Erinnerung: Gönnermitglieder bezahlen Fr. 200.- und nehmen gratis am Neujahrsempfang der EVP Thurgau am 12.1.18 teil. (dg)

Impressum

Herausgeber
EVP Kanton Thurgau,
www.evp-thurgau.ch

Redaktionsadresse / Inserate
Regula Streckeisen, Amriswilerstr. 20
8590 Romanshorn, 071 477 21 36,
redaktion@evp-thurgau.ch

Redaktionsteam
Jörg Altorfer (ja), Doris Günter (dg), Jürg Schorro (js), Regula Streckeisen (rs), Michael Zingg (mz)

Abonnement
15 Franken pro Jahr

Bankverbindung
Postkonto 85-1721-8
IBAN CH83 0900 0000 8500 1721 8

Adressänderungen
pascal.haller@evp-thurgau.ch,
Austrasse 36, 9548 Matzingen

Auflage
3'900 Exemplare
Geht an die Mitglieder der EVP Thurgau und an Interessierte.

Erscheinungsweise
vierteljährlich

Druck
Brüggli Medien, Romanshorn

Aktivitäten der Bezirksparteien

Atomares Endlager / Einladungen

Ende Mai lud die EVP Bezirk Frauenfeld zu einer kleinen Wanderung nach Schlatt TG ein. Ziel war der Aussichtsturm auf der Wildensbucher Hochwacht.

Vom Turm aus erklärte Philip Birkhäuser von der Nagra, warum gerade das Zürcher Weinland rund um Marthalen besonders geeignet ist für ein Atomares Endlager. Denn hier liegt ein grösseres Paket Opalinuston ungestört in der gewünschten Tiefe von 500 bis 700 m. Dieses quellfähige Gestein wird bevorzugt, da es sich bei allfälligem Wassereintritt selber abdichtet.

Eine geologische Störung liegt unter dem Cholfirst und begrenzt so das Areal gegen Osten. Zwei Bohrstellen zur weiteren Erkundung des Untergrundes im Jahr 2019 sind direkt an der Thurgauer Grenze geplant. Die Gemeinde Schlatt ist in der Regionalkonferenz durch die Gemeindepräsidentin Marianna Frei vertreten und wird auch in Zukunft mitreden können.

joerg.altorfer@evp-thurgau.ch

Einladung der EVP Weinfelden
1. September 2017, 18:00 – 19:30 Uhr
Öffentliche Führung Giessenbach Weinfelden.
Treffpunkt: Thomas Bornhauser Schulhaus. In drei kleinen Referaten an verschiedenen Standorten erhalten die Teilnehmer viel Wissenswertes über unseren Dorfbach, auch verborgene Einblicke werden ermöglicht.
Im Anschluss sind alle bei Wurst und Brot zum Ausklang eingeladen.

Einladung der EVP Bezirk Frauenfeld
27. September 2017, 15:00 – 16.30 Uhr
Betriebsbesichtigung Firma SKY-FRAME Frauenfeld.
Sky-Frame ist ein international tätiges Schweizer Unternehmen zur Herstellung von Verglasungen. Es öffnet für uns die Türen, um einen Einblick in die Produktion der High-Tech-Verglasungen zu erhalten.
Anmeldungen bis 31. August an martin.aebersold@evp-thurgau.ch, mit Angabe der Anzahl Personen.
Für den Besuch bittet Sky-Frame, Schuhe mit flachen Sohlen zu tragen (Rosttreppen).

Thurgauer Akzente

Agenda
Termine

1. September 2017, 18:00
Giessenbegehung Weinfelden (S. 5)
1. September 2017, 19:00
Sommerfest EVP Arbon im Padorogg, Roggwil
4. September 2017, 19:30
Stamm, Rest. Inseli, Romanshorn
22. September 2017, 18:30
Musikalisches Diner im Schloss Hagenwil (S. 3)
27. September 2017, 15:00
Betriebsbesichtigung Sky-Frame Frauenfeld (S. 5)
3. Oktober 2017, 19:40
Information Erweiterungsbau PHTG (S. 3)
24. Oktober 2017, 19:30
Parteiversammlung EVP TG, F'feld
3. November 2017, 19:30
Stamm, Rest. Bellevue, Arbon
3. November 2017, 19:30
Stamm, Rest. Inseli, Romanshorn
3. November 2017, 19:00
Fondueplausch, Hermannstr. 10, Weinfelden
14. November 2017, 19:15
Informationsanlass mit Workshops (S. 3)
2. Dezember 2017
Delegiertenversammlung EVP CH
15. Dezember 2017
Jahresabschluss EVP Arbon

Mehr Infos finden Sie auf: www.evp-thurgau.ch

Zitat

«Gott beruft nicht die Fähigen. Gott befähigt die Berufenen.»

(Sprichwort unbekannter Herkunft)

Parolen

EVP Thurgau zum 24.9.2017

Eidgen. Abstimmung:

Altersvorsorge 2020	**JA**
Ernährungssicherheit	**JA**

Aktuelles aus dem Grossen Rat

Guter Start mit der neuen Fraktion – Besinnung im Grossen Rat – Ruhetagsgesetz – Vorstösse

Die Politik ist nicht der Weisheit letzter Schluss. Sie ist ein Weg, die Gesellschaft mitzuprägen. Die EVP tut das in der Verantwortung gegenüber dem Schöpfer und auf der Grundlage des Evangeliums.

Nach dem ersten Jahr mit der neuen Fraktion CVP/EVP ist das Fazit positiv. In der Fraktionssitzung werden unsere Beiträge und Anstösse ernst genommen. Die Rats- und Kommissionsgeschäfte werden im Verhältnis der Sitze verteilt. Ganz allgemein sehen wir eine recht grosse Übereinstimmung in politischen Fragen. Auch die CVP-Vertreter attestieren uns eine gute Zusammenarbeit.

Von Links: Hansjörg Haller, Elisabeth Rickenbach, Wolfgang Ackerknecht, Doris Günter, Rudolf Bär vor dem neuen Stadler-Zug «Giruno»

Seit bald sechs Jahren findet jeweils an der Wahlsitzung im Mai sowie der Wega-Sitzung im Oktober eine von der EVP angestossene und organisierte kirchliche Besinnung statt, die von 60 bis 70 Parlaments- und Regierungsmitgliedern besucht wird. Es sind zwei kurze Oasenzeiten mit wertvollen Anstössen.

Vertreter aus sieben Parteien wollten mit der Motion «Das Tanzverbot abschaffen» das ganze Ruhetagsgesetz kippen. An der Grossratssitzung vom 14. Juni 2017 zogen die Motionäre den Vorstoss zurück, da sie die Ablehnung hätten in Kauf nehmen müssen. Jetzt beabsichtigen sie mit einer kleineren Änderung einen zweiten Anlauf. Dieser Entscheid lässt uns aufatmen, dass die fünf Feiertage einstweilen gerettet sind. Aber wir haben keine Freude am angekündigten zweiten Anlauf.

Ende März 2017 reichte Elisabeth Rickenbach eine Einfache Anfrage «Schwarze Lungen lassen sich nicht wegwaschen» ein mit Fragen zum Passivrauchen in Raucherlokalen sowie zu Präventionsmassnahmen zum Schutz junger Menschen. Die Beantwortung stand leider im Zeichen des Status quo. Als Mitinterpellantin will Doris Günter vom Regierungsrat Auskünfte zum «Fragwürdigen Marschhalt mit dem Historischen Museum». Hansjörg Haller vertritt bei der Interpellation «Sterbehilfe im Thurgau» die EVP. Dieser Vorstoss verlangt die Ratsdiskussion zum zunehmenden Sterbetourismus, der vor allem von der Organisation «Exit» forciert wird.

Der Ratsbetrieb verläuft im Moment äusserst positiv. Das hat auch damit zu tun, dass die Kantonsrechnung 2016 gegenüber dem Budget positiv abschloss.

wolfgang.ackerknecht@evp-thurgau.ch

Statement eines jungen Menschen

Liebe Leserin, lieber Leser
Glaube und Politik: Für heutige Menschen sind das oft zwei verschiedene Paar Schuhe. Was hat der Glaube in der Politik verloren? Wenn du was glaubst, dann tu das im stillen Kämmerlein. Religion ist Privatsache! Wenn das so ist, dann fordere ich eine Trennung zwischen den heutigen Weltanschauungen und Politik. Dann hat ein Politiker und Bürger sein persönliches Wertesystem gefälligst in seinem eigenen Kämmerlein zu behalten! Dann will ich eine wertefreie Politik, die nur noch technokratisch organisiert!
Hier wird bewusst, wie absurd die Forderung nach einer Trennung von Glaube und Politik ist. Gehört es nicht zum Wesen einer Demokratie, dass man gemeinsam darum ringt, welche Werte uns wichtig sind?

Doch fragt nicht auch der Glaubende: Was hat die Politik im Glauben verloren? Die Bibel ist kein Parteiprogramm! Diese Welt ist – mit ihrer Herrlichkeit und ihrem Elend – vergänglich und wartet auf ihre Vollendung von Gott her. Doch wer von der christlichen Hoffnung der neuen Schöpfung erfasst ist, wird er nicht bereits in unserer Welt diese neue Schöpfung in allen Bereichen seines Lebens, auch in der Politik, in Angriff nehmen? So wünsche ich der EVP ein mutiges und hoffnungsvolles Auftreten, auch wenn sie um den Glauben belächelt oder angefeindet wird.

Timo Schramm, 1990, Theologiestudent, Basel und Bürglen